



Medienkonferenz Lancierung der Eidgenössischen Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)» vom 20. September 2016

Referat von Prisca Birrer-Heimo, Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

Jahrzehntelang haben wir uns missbräuchliche und ungerechtfertigte Schweiz-Zuschläge gefallen lassen. Damit muss jetzt Schluss sein! Endlich geht es los, heute starten wir mit der Unterschriftensammlung für unsere eidgenössische Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise», kurz Fair-Preis-Initiative genannt.

Die Schweiz ist seit langer Zeit eine Hochpreisinsel: Für identische Importprodukte müssen wir in unserem Land oft deutlich mehr bezahlen als Käufer im benachbarten Ausland. Es sind allerdings nur in geringem Mass die höheren Schweizer Lohn, Infrastruktur- oder Mietkosten, welche die höheren Preise in der Schweiz verursachen. Vielmehr sind es international tätige Konzerne, welche die Preise in der Schweiz künstlich hochhalten und so die hohe Kaufkraft gezielt abschöpfen. Leidtragende sind die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten, KMU, aber auch staatliche Institutionen wie zum Beispiel Schulen, Universitäten oder Spitäler. Die überhöhten Preise haben gravierende Folgen: Wenn Konsumenten in der Schweiz zu viel für importierte Produkte ausgeben müssen, haben sie weniger Geld zur Verfügung, beispielsweise um Schweizer Produkte oder Dienstleistungen zu kaufen. KMU, die überhöhte Preise für Maschinen, Apparate und andere Güter bezahlen müssen, laufen Gefahr, nicht mehr konkurrenzfähig zu sein. Damit sind Arbeitsplätze gefährdet. Schulen, Universitäten, Spitäler und andere staatliche Institutionen überwälzen diese Mehrkosten an den Steuerzahler oder müssen an anderen Orten sparen.

Breite Allianz in Verein und Initiativkomitee

Für mich ist klar: Einige Wenige profitieren von der Hochpreisinsel Schweiz, alle anderen werden durch überhöhte Preise direkt oder indirekt benachteiligt. Dies ist auch der Grund, weshalb so viele Verbände und Parlamentsmitglieder aus allen Parteien gemeinsam hinter der Initiative stehen: Die KMU werden unter anderem repräsentiert durch GastroSuisse, hotelleriesuisse, den Wirtverband Basel-Stadt, den Schweizerischen Drogistenverband, den Schweizerischen Bäcker-Confiseurmeister Verband, Seilbahnen Schweiz, Payot SA (im Buchhandel tätig) und

Swissmechanic, dem Arbeitgeberverband der Maschinen-, Elektro- und Metallbranche. Die Konsumenten sind vertreten durch die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS), die Fédération romande des consommateurs (FRC) und der Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera italiana (ACSI). Im Initiativkomitee sitzen Politikerinnen und Politiker aus SVP, SP, FDP, CVP, Grünen, GLP und BDP aus allen Landesteilen der Schweiz. Ebenfalls im Initiativkomitee ist der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm.

Massive Preisunterschiede Schweiz - Ausland

Als Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) schildere ich Ihnen kurz, was die Hochpreisinsel Schweiz für die Konsumenten konkret bedeutet. Für viele Importprodukte bezahlen wir in der Schweiz mehr als im Ausland, die Preisunterschiede sind teilweise massiv: Identische Kleider von international tätigen Modekonzernen kosten bei uns beispielsweise 40 Prozent mehr als in Deutschland. Bei den Kosmetikartikeln sind es bis zu 70 Prozent. Solch massive Preisunterschiede lassen sich schlicht und einfach nicht mit höheren Kosten begründen. Da wird die Kaufkraft der Schweizer Konsumenten schamlos abgeschöpft. Zu lange wurde dies als gegeben angenommen. Damit ist jetzt Schluss, gegen solch überhöhte Preise müssen wir endlich etwas unternehmen.

Die Schweiz profitiert dreifach

Von fairen Preisen profitiert die Schweiz gleich dreifach. Erstens kaufen wieder mehr Konsumentinnen im Inland statt im benachbarten Ausland ein. Zweitens bleibt den Konsumenten bei tieferen Preisen für Importprodukte mehr Geld im Portemonnaie – das erhöht die Kaufkraft. Drittens müssen Schweizer Unternehmen weniger hohe Preise für importierte Güter wie Maschinen oder Betriebsmittel bezahlen und können damit ihre Konkurrenzfähigkeit verbessern und Arbeitsplätze sichern. Die Weichen für die Zukunft müssen wir jetzt stellen – deshalb lancieren wir heute die Fair-Preis-Initiative.